

**Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanz- und
Rechnungsprüfungsausschusses am 17.08.2006**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:10 Uhr
Ort: Multifunktionsraum, E 070, im Stadthaus,
Am Packhof 2 - 6, 19053 Schwerin

Anwesenheit

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Renner, Monika CDU

ordentliche Mitglieder

Horn, Silvio Unabhängige
Bürger
Nagel, Wolfram BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Pelzer, Karla CDU
Trübe, Birgit Die
Linkspartei.PDS

stellvertretende Mitglieder

Ahlgrim, Brigitte Die
Linkspartei.PDS
Reimers, Wolfgang CDU

Verwaltung

Bartsch, Ulrich
Block, Steffen
Buck, Holger
Corbie, Birgit
Rath, Torsten
Ruhl, Andreas
Schwabe, Marita
Wollenteit, Hartmut

Leitung: Monika Renner

Schriftführer: Ingrid Arlt

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung von Sitzungsniederschriften

- 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 45. Sitzung vom 15.06.2006 (öffentlicher Teil)

- 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 22.06.2006

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Beratung von Beschlussvorlagen

- 4.1. Gründung einer Verwaltungsgemeinschaft gemäß § 167 KV M-V zur Durchführung der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen des Amtes Ostufer Schweriner See durch die Stadtkasse der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01155/2006

- 4.2. Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
Hier: Budgetierungskonzept 3.0
Vorlage: 01020/2006

5. Beratung von Anträgen

- 5.1. Sanierung Schulstandort Weststadt (hier Goethe-Gymnasium)
Vorlage: 01026/2006

- 5.2. Entfernung des Lenin-Standbildes in der Hamburger Allee
Vorlage: 01054/2006

- 5.3. Einheitlicher städtischer Zuschuss für die Kindertagesbetreuung in Schwerin ab 2007
Vorlage: 01079/2006

- 5.4. Förderung der Beratungsstelle Landreiter 9
Vorlage: 01129/2006

- 5.5. Öffentliche Toilette am Dreescher Markt
Vorlage: 01125/2006

- 5.6. Auswirkungen der Entgeldordnung für die Sportstätten
(Anfrage Frau Pelzer)

- 6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Frau Renner eröffnet die Ausschusssitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Vorlage DS-Nr. 01079/2006 (TOP 5.3) - Einheitlicher Zuschuss für die Kindertagesbetreuung in Schwerin ab 2007 wird von der heutigen Tagesordnung gestrichen und zu einem anderen Zeitpunkt wieder aufgenommen.

Die Anfrage von Frau Pelzer zu den Auswirkungen der Entgeldordnung für Sportstätten wird als TOP 5.6 neu aufgenommen.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung von Sitzungsniederschriften

zu 2.1 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 45. Sitzung vom 15.06.2006 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 3

zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 22.06.2006

Bemerkungen:

Der Zusatz vom Leiter des Finanzverwaltungsamtes zum Protokoll des Rechnungsprüfungsausschusses vom 22.06.2006 wird zur Kenntnis genommen. Auf Nachfrage von Frau Pelzer an Herrn Modl, (Stellv. des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes) ob das RPA mit diesem Zusatz einverstanden sei, wird Zufriedenheit seitens des RPA signalisiert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 3

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Haushaltserlass

Herr Bartsch informiert die Anwesenden darüber, dass die Haushaltsgenehmigung zum jetzigen Zeitpunkt zum Haushaltsplan 2006 noch nicht vom Innenministerium/Kommunalaufsicht vorliegt und gibt auf Anfrage folgenden Terminablauf des bisherigen Vorlage- und Genehmigungsverfahrens des Haushaltsplanes 2006 bekannt:

27.02.2006 Beschluss der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan durch die Stadtvertretung

15.03.2006 Einreichung der Beschlussunterlagen an das Innenministerium

25.04.2006 Beantragung der vorgezogenen Genehmigung der Höhe der Kassenkredite und
Beantragung der vorgezogenen Genehmigung der

Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, soweit genehmigungspflichtig

- 10.05.2006 Eingang der Kassenkreditgenehmigung (70 Mio. €)
- 15.05.2006 Nachforderung von Unterlagen durch das Innenministerium
- 23.05.2006 Abgabe der gewünschten Unterlagen
- 30.06.2006 Anhörung zu dem in Aussicht gestellten Haushaltserlass mit
Stellungnahmefrist zum 30.07.2006
- 18.07.2006 Anhörungsgespräch im Innenministerium
- 27.08.2006 Übersendung der schriftlichen Stellungnahme zur Anhörung an das
Innenministerium

Auf Bitte der Ausschussmitglieder, werden die Anhörungsunterlagen mit dem Protokoll verschickt.

Auf Nachfrage von Herrn Horn, welche Auswirkungen die noch nicht vorliegende Kreditgenehmigung für den Baubereich habe erklärt Herr Dr. Friedersdorff, dass es z.B. bei den Tiefbaumaßnahmen in der Grünen Straße und in der Werderstraße Verzögerungen geben werde, die Auswirkungen bei Hochbaumaßnahmen werde in Form einer Übersicht dem Protokoll beigelegt.

Sondersitzung am 07.09.2006

Der Oberbürgermeister bittet die Ausschussmitglieder um eine Sondersitzung am 07.09.2006 zum Thema „Jahresrechnungen der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften“

Nach kurzer Diskussion wird Einigkeit darüber erzielt, über diesen Vorschlag abzustimmen.

Ergebnis: 1/3/3 - abgelehnt

zu 4 Beratung von Beschlussvorlagen

zu 4.1 Gründung einer Verwaltungsgemeinschaft gemäß § 167 KV M-V zur Durchführung der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen des Amtes Ostufer Schweriner See durch die Stadtkasse der Landeshauptstadt Schwerin Vorlage: 01155/2006

Bemerkungen:

Das Amt Ostufer Schweriner See hat die Stadtverwaltung Schwerin zur Durchführung der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen des Amtes Ostufer Schweriner See um Amtshilfe durch die Stadtkasse Schwerin gebeten, erklärt Herr Bartsch. Dem entsprechend wurde durch die Verwaltung ein Vertrag erarbeitet, der dieser Vorlage als Entwurf zur Beschlussfassung vorliegt.

In der geführten Diskussion und der Frage an die Verwaltung, ob die Vollstreckungsabteilung über zuviel Personal verfüge, weil diese Aufgabe zusätzlich übernommen werden kann, wird im Ergebnis Herr Bartsch um schriftliche Informationen wie z.B. die Anzahl der Vollstreckungsersuchen mit dem entsprechenden Finanzvolumen usw. gebeten.

Herr Horn und Frau Pelzer bitten die Verwaltung um Information darüber, wieviele Forderungen derzeit durch das Sachgebiet Vollstreckung bearbeitet werden.

Beschluss:

Die Gründung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 167 KV M-V zur Durchführung der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen des Amtes Ostufer Schweriner See durch die Stadtkasse der Landeshauptstadt Schwerin gemäß dem anliegenden Vereinbarungsentwurf, wird entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**zu 4.2 Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
Hier: Budgetierungskonzept 3.0
Vorlage: 01020/2006**

Bemerkungen:

Durch die Finanzausschussmitglieder wird dieses vorliegende Budgetkonzept sehr positiv bewertet.

Folgende Änderungsanträge werden durch Herrn Horn gestellt und von den Finanzausschussmitgliedern einzeln votiert:

Seite 8:

a) überplanmäßige Ausgaben:

- Auch wenn das Aufgabenbudget insgesamt zum Jahresende voraussichtlich eingehalten wird, ist ab einer prognostizierten Überschreitung einzelner Ausgabeansätze / Unterschreitung einzelner Einnahmeansätze um 20.000 € durch die Budgetverantwortlichen im jeweiligen Fachausschuss vor **Kassenwirksamkeit** zu berichten. Bei Einzelansätzen ab 500.000 € gilt eine Berichtspflicht erst bei Abweichungen um 50.000 €. **Der Finanzausschuss ist jeweils nachrichtlich zu unterrichten.**

Abstimmungsergebnis: 6/1/0 (Kassenwirksamkeit)

Abstimmungsergebnis: 7/0/0 (FiA nachrichtlich zu unterrichten))

- Bei sonstigen Abweichungen (Mehreinnahmen oder Minderausgaben) über 50.000 €, die nicht durch den Budgetbereich zu vertreten sind, erhält der Fachausschuss die Möglichkeit, dem Hauptausschuss unter *paralleler vorheriger* Beteiligung des Finanzausschusses die Sperrung dieser Mittel vorzuschlagen und / oder Vorschläge für eine anderweitige Verwendung zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis: 6/0/1 (paralleler durch vorheriger ersetzen)

Beschluss:

Im Rahmen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) beschließt die Stadtvertretung das überarbeitete Budgetierungskonzept 3.0.

Abstimmungsergebnis einschließlich der Änderungen:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 5 Beratung von Anträgen

zu 5.1 Sanierung Schulstandort Weststadt (hier Goethe-Gymnasium) Vorlage: 01026/2006

Bemerkungen:

Durch die Verwaltung wurde, aufgrund der Nachfrage in der letzten Finanzausschusssitzung, folgende schriftliche Information an alle Ausschussmitglieder vom Fachamt übergeben:

Zur Information des Finanzausschusses einige Daten zum Sanierungsbedarf am Goethe-Gymnasium.

Bislang wurden in den Jahren 1997 bis 2001 das Hauptgebäude (überwiegend naturwissenschaftliche Fachräume und Verwaltungstrakt), Aula, musische Fachräume und Turnhalle mit einem Kostenaufwand von rd. 6,5 Mio€ saniert.

Die eigentlichen Klassenräume befinden sich in 2 unsanierten Typenbauten mit jeweils 26 Unterrichtsräumen (ehemals Lessinggymn. und Grundschule), die nach Aufnahme der bisherigen Aussenstelle „ Schliemann „ zum Beginn des neuen Schuljahres weitgehend belegt sind.

Für ein langfristig 3zügiges Gymnasium sind bereits im Zuge der letzten Sanierungsphase 2 Varianten mit einer Kostenschätzung erstellt worden:

- Abriß der Typenbauten und Errichtung eines bedarfsgerechten

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Wiedervorlage

zu 5.2 **Entfernung des Lenin-Standbildes in der Hamburger Allee**
Vorlage: 01054/2006

Neubaues.....4,8 Mio€
- Sanierung eines Typenbaues.....
3,4 Mio€

Nach nunmehr vorliegenden aktuellen Planungsdaten vergleichbarer Objekte (Siemens-, Gutenbergschule) dürfte eine Komplettsanierung mit 2,8 Mio€ und ein Abriss des 2. Gebäudeteiles mit zusätzlich 0,2 Mio€, also insgesamt mit 3,0 Mio€ zu veranschlagen sein.

Das Vorhaben konnte bislang nicht in die Investitions- bzw. Haushaltsplanung aufgenommen werden. Es wurden lediglich Renovierungs-/ Bauunterhaltungsleistungen (Klassen, Sanitärbereiche) im Rahmen der jährlichen Budgets erbracht, wobei weiterhin noch Bedarf besteht.

Eine überarbeitete Sanierungsplanung, die den Ansprüchen einer Ganztagschule deutlicher gerecht wird, könnte theoretisch in das Investitionsprogramm „ Zukunft Bildung und Betreuung „ (Ganztagsschulprogramm) einbezogen werden, da das Goethegymnasium als anerkannte Ganztagschule die Bedingungen erfüllt. Allerdings muss konstatiert werden, dass nach dem Verwaltungsmodernisierungsgesetz und soweit die Landeshauptstadt die ihr zugestandene Option nicht ausübt, die Trägerschaft u.a. für die Gymnasien auf den neuen Landkreis wechselt.

Nach kurzer Diskussion wird Einigkeit im Ausschuss dahingehend erzielt, dass erst nach der Votierung des Fachausschusses der Finanzausschuss zu diesem Antrag votiert.

Bemerkungen:

Frau Schabe gibt folgenden Vortag den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis.

Stellungnahme zum Antrag zur Entfernung des Lenindenkmals auf dem „Großen Dreesch“

Der Antrag des Stadtvertreters Christoph Priesemann bezüglich der Entfernung des Lenindenkmals auf dem großen Dreesch ist von großem öffentlichem Interesse.

Das Lenindenkmal ist städtisches Eigentum, steht nicht unter Denkmalschutz, ist aber im Sinne der Gesetzgebung wie **Kulturgut** zu behandeln. Das heisst, es ist schützenswert

Bei der Statue handelt es sich um ein Zeugnis menschlicher Geschichte und Entwicklung, d.h. es handelt sich in jedem Fall um ein historisches Objekt und birgt durch sein Erscheinungsbild Informationen über seine Entstehungs- und Existenzzeit in sich.

Ein „Denkmal“ ist außerdem Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen – besonders dann, wenn seine Aussage ungültig wird oder ganz verschwindet. Mit dem Wechsel einer Herrschaft geht immer auch ein Wechsel der Symbole einher.

Dies galt vor Jahrhunderten in gleichem Maße wie in der heutigen Zeit. Innerhalb der Gesellschaft erfüllen sie nicht zu unterschätzende Aufgaben. Sie, diese Zeitzegen, sollen Erinnerungen bewahren und diese für nachfolgende Generationen lebendig halten als Mahn- oder Denkmal.

Mit zunehmender zeitlicher Distanz zur Wende ist ein differenzierter Zugang zu den Denkmälern der DDR-Zeit möglich und lässt sie für die Betrachter zu eigenständigen Kapiteln der Denkmalgeschichte und Kulturgeschichte staatlichen Erinnerns und Gedenkens werden.

Erste Ideen zur Schaffung des Lenindenkmals wurden 1980 vom estnischen Künstler Jaak Soans vorgestellt.

Anlässlich der 825-Jahrfeier Schwerins im Jahre 1985 wurde das Lenin-Monument fertig gestellt und der Stadt Schwerin übergeben.

Der Standort Großer Dreesch, 1985 der modernste Stadtteil, wurde zur damaligen Zeit bewusst auch unter Beachtung städtebaulicher Aspekte gewählt. Die Kosten für die Errichtung des Denkmals betragen 464.000,00 Mark der DDR.

Verträge wurden mit Jaak Soans als Bildhauer und Peter Schmidt über die Gestaltung des gesamten Umfeldes abgeschlossen. Bei Vertragsabschluss wurden *keine Einzelrechte der Künstler* vereinbart, es galt das Kulturgesetz der DDR. *Beide Künstler melden auch keine Ansprüche an.*

Dem Kulturbüro liegt derzeit ein *Kostenangebot ausschließlich zur Entfernung der Statue in Höhe von 1.935,00 €* vor. Realistisch ist jedoch das 10-15fache dieser Summe, da der Sockel und das Umfeld in dem Angebot nicht enthalten sind. Die Entfernung der Statue bedeutet aber zwingend auch die Entfernung des Sockels und die anschließende Wiederherstellung des Umfeldes. Eine provisorische Herrichtung der Fläche ist in diesem Areal nicht empfehlenswert, da die Pflasterung aus verschiedenen Granitplatten besteht und nicht mit der gesamten Platzgestaltung harmonieren würde.

Nach Rücksprache mit Experten ist bei einer korrekten Wiederherstellung der Fläche mit einem Kostenvolumen von ca.20,0 – 25,0 T€ zu rechnen.

Empfehlung

Auf Grund des derzeitig geschätzten Kostenvolumens und in Anbetracht der notwendigen geschichtlichen Aufarbeitung des Themas wäre es ratsam, eine in die städtebauliche Situation passende Informationstafel zu installieren, die die entsprechende geschichtliche Darstellung und Entwicklung beinhaltet. Der Text für die Gedenktafel wird durch das Stadtarchiv erarbeitet: Die Aufstellung der Gedenktafel erfolgt in Absprache mit dem Stadtplanungsamt. Wir regen auch die Auseinandersetzung mit diesem Thema im Rahmen von Projektarbeit an Schulen und Jugendeinrichtungen an.

Marita Schwabe
Leiterin Kulturbüro

Im Ergebnis dieser Information wird folgender Beschluss gefasst:

1. Der Finanzausschuss nimmt diesen Vortrag zur Kenntnis und bringt diese Information in die Fraktionen ein.
2. Frau Schwabe recherchiert die Kosten für die Tafel und informiert die Ausschussmitglieder darüber.
3. Im kommenden Finanzausschuss wird ein Vorschlag für die Stadtvertretung erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

Wiedervorlage

zu 5.3 **Einheitlicher städtischer Zuschuss für die Kindertagesbetreuung in Schwerin ab 2007**
Vorlage: 01079/2006

Bemerkungen:

Beschluss:

Dieser TOP wird von der heutigen Tagesordnung gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

zu 5.4 **Förderung der Beratungsstelle Landreiter 9**
Vorlage: 01129/2006

Bemerkungen:

Die Finanzausschussmitglieder erhalten den Protokollauszug des Ausschusses für Soziales und Wohnen vom 08.06.2006 zu diesem Antrag.

Ohne weiteren Beratungsbedarf wird votiert.

Beschluss: (im FiA abgelehnt)

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob kurzfristig wenigstens 1.500 € Fördermittel für die Beratungsstelle Landreiter 9 zur Verfügung gestellt werden können.

Ein Bericht wird bis zur nächsten Stadtvertretung am 26. Juni 2006 erwartet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	2

**zu 5.5 Öffentliche Toilette am Dreescher Markt
Vorlage: 01125/2006**

Bemerkungen:

Nach den Informationen von Herrn Matlachowski (SDS) zu Bau- und Bewirtschaftungskosten für öffentliche Toiletten erfolgte eine sehr lange Diskussion u.a. zum unhaltbaren Zustand in der Tiefgarage auf dem Dreescher Markt und der Notwendigkeit zur Anschaffung neuer Öffentlicher Toiletten und auch neuer Bänke. Im Ergebnis der geführten Diskussion wird Einigkeit darüber erzielt, dass die Zuständigkeiten zur Anschaffung der Bänke und Installation der Toiletten erst in den Fachausschüssen geregelt werden müssen, bevor der Finanzausschuss sich damit beschäftigen kann.

Herr Dr. Friedersdorff erklärt, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen bezüglich der Verunreinigung der Tiefgarage auf dem Dreescher Markt verwaltungsseitig geprüft werden müssen. Bezüglich der Installation einer öffentlichen Toilette und Anschaffung von Bänken ist der Fachausschuss gefragt.

Abstimmungsergebnis:

**zu 5.6 Auswirkungen der Entgeltordnung für die Sportstätten
(Anfrage Frau Pelzer)**

Bemerkungen:

Die Verwaltung wurde durch Frau Pelzer in der letzten Finanzausschusssitzung um eine Information bezüglich der neu beschlossenen Entgeltordnung für Sportstätten gebeten.

Anbei die Beantwortung der Fragen von der Verwaltung in Abstimmung mit dem Beigeordneten für Kultur, Sport, Schule und Soziales.

Ausgangssituation

Mit Beschluss der Stadtvertretung vom 17.10.2005, erschienen im Stadtanzeiger Ausgabe 22 am 11.11.2005, wurde die rechtliche Grundlage für die kostenpflichtige Nutzung von Sportanlagen ab dem 01.01.2006 geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Wiedervorlage am 21.09.2006 und Einladung der Verwaltung

zu 6

Sonstiges

Bemerkungen:

Freiwillige Feuerwehren

Frau Renner bittet um folgende schriftliche Informationen zur kommenden Ausschusssitzung am 21.09.2006:

- Übersicht über die Standorte der Freiwilligen Feuerwehren
- Wieviele erwachsene Mitglieder, wieviele Jugendliche/Kinder gibt es in welcher Wehr?
- Aus welchen Wohnbereichen kommen die Mitglieder?
- Darstellung der Kosten je Wehr für den Zeitraum Januar bis Juni 2006

Veranstaltungsplatz Krebsförden

Frau Trübe bittet um einen schriftlichen Sachstand zum Veranstaltungsplatz in Krebsförden.

Wie erfolgt die Rechnungslegung?

Die Vereine erhalten rückwirkend in der 36. Kalenderwoche eine Rechnung für die Nutzung ab dem 01.01.2006 bis zum 07.07.2006. Grundlage dieser Rechnungen bildet der Bescheid zur Sportstättenbelegung für das Schuljahr 2005/2006.

Für die Monate August bis Dezember 2006 sind die Rechnungen bereits den Vereinen zugestellt.

Wie sehen die alten, wie die neuen Bescheide aus.

Die neuen, für das Schuljahr 2006/07 gültigen Bescheide zur Hallennutzung unterscheiden sich von den alten Bescheiden in der Form, dass zusätzlich zu den Angaben zur Sportart, Sportstätte und Nutzungszeit, Angaben zur Eingruppierung in Nutzergruppen (entsprechend der Entgeltordnung), zum Größenwert der entsprechenden Sportstätte und zu dem zu zahlenden Entgelt enthalten sind.

Das zu zahlende Entgelt ist in vier Raten, jeweils zum 30.09.06, 01.12.06, 31.03.07 und 30.06.07 auf ein genanntes Konto zu entrichten.

Gibt es individuelle Vereinbarungen mit Vereinen.

Es gibt eine individuelle Vereinbarung mit dem Internationalen Bund zur Nutzung der Turnhalle der ehemal Ernst-Alban-Schule im Mueßer Holz.

Die Antworten beziehen sich auf die durch das Amt für Jugend, Schule, Sport und Freizeit vergebenen Hallenzeiten.

Frau Pelzer erklärt dazu, dass ihr insbesondere die Ausführungen im letzten Satz nicht ausreichen und bittet um konkretere Informationen. Gleichzeitig wird um Antwort oder Sachstand zu der Frage gebeten, welche finanziellen Auswirkungen die Entgeltordnung insgesamt für den Haushalt der Verwaltung gebracht habe und welche Änderungen es für die Vereine gab..

Die Ausschussmitglieder einigen sich dahingehend, dass die Verwaltung zu diesem TOP bitte einzuladen ist

gez. Monika Renner

Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

Protokollführer